

Antrag Nr. 23-O-12-0010

SPD-Fraktion

Betreff:

Anbringung von Geschwindigkeitsmesstafeln (SPD)

Antragstext:

Antrag der SPD-Fraktion:

1. Das vom Tiefbau- und Vermessungsamt mit Schriftsatz vom 17.01.2023 geänderte Verfahren zur Anbringung von Geschwindigkeitsmesstafeln entspricht nicht den Vorstellungen des Ortsbeirates. Es sollte sich - wie bisher - an den flexiblen Bedürfnissen „vor Ort“ orientieren.
2. Im Übrigen gehen wir davon aus, dass die seit Jahren geprüften und bewährten Standorte und Masten von dieser Neuregelung nicht betroffen sind, sondern lediglich neue, zusätzliche Alternativen erfasst werden.
3. Zur Klarstellung möchten wir nachdrücklich festhalten, dass die Geschwindigkeitsmesstafeln ausschließlich der Verbesserung der allgemeinen Verkehrssicherheit dienen. Deshalb halten wir es für wenig zielführend und eher kontraproduktiv, wenn alle laufenden Kosten, die in diesem Zusammenhang entstehen, auf die Ortsbeiräte abgewälzt werden sollen.

Viel sinnvoller und weniger bürokratisch wäre ein zentraler Haushaltsansatz beim zuständigen Fachamt, bei dem die anfallenden laufenden Kosten für Prüfung der Lichtmasten, Demontage der Messeinrichtungen bei Wartungsarbeiten, Einlagerung etc. im Bedarfsfalle verbucht werden.

Wiesbaden, 06.03.2023

Reinhold
Fraktionssprecher